

Die berufspolitischen Forderungen des alv

Berufspolitik. Im Traktandum «Berufspolitik» definierten die alv-Delegierten die bildungs- und standespolitischen Forderungen 2017. Die Delegierten sagten einstimmig «Ja» zu den Forderungen. Vorgängig ging Elisabeth Abbassi aber nochmals auf die berufspolitischen Forderungen des Vorjahres ein.

Vor einem Jahr forderte die DV, dass sich der Fächerkatalog des **neuen Aargauer Lehrplans** nach demjenigen des Lehrplans 21 richtet, die Einführung der Fächer «Medien/Informatik», «Berufliche Orientierung» und «Ethik und Religionen» sowie die Umsetzung mit genügend zeitlichen und finanziellen Ressourcen und bedarfsgerechter Weiterbildung der Lehrpersonen. Der alv freut sich rückblickend sehr über die deutliche Abfuhr, die der Kanton Aargau der Initiative gegen den Lehrplan 21 erteilte. Beim dritten Punkt wehrt sich der alv dezidiert gegen eine «kostenneutrale» Umsetzung. Die zweite grosse Forderung hiess «**keinen weiteren Bildungsabbau**». Für diese Forderung kann der alv einen wichtigen Teilsieg verbuchen (vgl. Hauptbericht), auch wenn, wie Elisabeth Abbassi vor den Delegierten sagte, «wir uns weiterhin jeden Herbst mit aller Kraft neu werden zur Wehr setzen müssen».

Die dritte Forderung betraf die **Arbeitsbedingungen**. Bei Lehrpersonen der Volksschule war der alv erfolgreich in der Bekämpfung von Abbaumassnahmen. Nach Bezirksschul- und Gymnasiallehrpersonen mussten aber letztes Jahr auch die Berufsschullehrpersonen eine Pensenerhöhung hinnehmen. Die vierte Forderung zu **Lohn und Lohnentwicklung** verlangte ein diskriminierungsfreies Lohnsystem basierend auf einer Arbeitsplatzanalyse und eine verlässliche Lohnentwicklung. Diese Forderung konnte noch nicht erfüllt werden, positive Signale sind aber das Vorprojekt zu einem neuen Lohnsystem, das gegenwärtig bei der Regierung zur Beurteilung vorliegt.

Berufspolitische Forderungen 2017

«Der alv macht sich ernsthafte Sorgen um die Bildung im Kanton», leitete Elisabeth Abbassi das Traktandum 14.2. «Berufspolitik» ein. Der Kanton Aargau gibt im Vergleich mit den anderen Schweizer Kantonen am wenigsten Geld pro Einwohner aus – notabene mit Folgen für die Bildung. Heute stehe nicht mehr vor jeder Klasse eine genügend qualifizierte Lehrperson. Der alv fordert seit Langem eine neue Arbeitszeiterfassung, die die aktuelle Situation abbildet. Die letzte datiert aus dem Jahr 2008. Bereits

vor fast zehn Jahren wurde nachgewiesen, dass Lehrpersonen je nach Kategorie und Anstellungsgrad bis zu 48 Prozent Überstunden leisten oder dass sich die wenigsten Lehrpersonen – wegen zu hoher Belastung – vorstellen konnten, bis zur Pensionierung Vollzeit zu arbeiten. 30 Prozent der Lehrpersonen zeigten 2008 klare Burn-out-Symptome. Dies wird sich kaum verbessert haben, deshalb fordert der alv:

Gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen

1. Die Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass die vorgegebene Jahresarbeitszeit eingehalten werden kann.
2. Junge Lehrpersonen sind in den ersten zwei Berufsjahren zu begleiten und in den Beruf einzuführen (siehe Positionspapier Zukunft der Primarschule).

Verlässliche Berufsperspektiven

Das Bundesgerichtsurteil, das dem heutigen Lohnsystem die Geschlechterdiskriminierung abspricht, ändert nichts daran, dass die Löhne ungerecht sind: Lehrpersonen verdienen 10 Prozent weniger Lohn als gleichgestellte Verwaltungsangestellte. Der alv fordert deshalb

1. Ein neues, konkurrenzfähiges Lohnsystem, das auf einer analytischen Arbeitsplatzbewertung basiert. Die Abbaurunden der letzten Jahre führten immer wieder zu Pensenkürzungen für Lehrpersonen. Die Pensen-Unsicherheiten, verursacht durch Abbau von Schülerlektionen, höhere Lektionenverpflichtung und damit verbundenem Stellenabbau belasteten die Schulen in den letzten Jahren extrem. Hier fordert der alv:
2. Konstante Anstellungen ohne jährliche Schwankungen. Ein neues Lohnsystem muss die Lohnentwicklung sicherstellen können und es muss Fachlaufbahnen ermöglichen. Ein Beruf, der keine Entwicklung kennt, ist für junge Menschen wenig attraktiv. Deshalb fordert der alv:
3. Eine marktorientierte und verlässliche Lohnentwicklung ist sicherzustellen.
4. Fachlaufbahnen für Lehrpersonen sind zu ermöglichen.



Einstimmig verabschiedet – die Delegierten sagen «Ja» zu den berufspolitischen Forderungen ihres Verbands. Foto: Simon Ziffermayer.

Rechnung, Budget, Beiträge, Statuten

Sorgfältige Umsetzung und Einführung des neuen Lehrplans

Der Regierungsrat plant, die zusätzlichen Pflichtlektionen, die durch die Einführung des Lehrplans 21 nötig werden, mit den ungebundenen Lektionen zu finanzieren. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Lehrpersonen mit grösseren Klassen, schlechteren Arbeitsbedingungen und grösserer Belastung den Lehrplan finanzieren sollen. Eine solche Einführung können die Lehrpersonen nicht akzeptieren. Der alv hält deshalb fest:

1. Die Erhöhung der Anzahl Schülerlektionen führt zu höheren Kosten. Eine Reduktion der ungebundenen Lektionen im vorgesehenen Ausmass ist inakzeptabel.

Der Lehrplan sieht neue Fächer und Fächergruppen vor. Geschichte/Geografie sollen zu «Räume, Zeiten und Gesellschaft», Biologie, Physik und Chemie zu «Natur und Technik» zusammengefasst, Hauswirtschaft zu «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt» erweitert werden. «Medien und Informatik» soll als Fach und integriert unterrichtet werden, «Berufliche Orientierung» als ausgewiesenes Fach eine grössere Bedeutung erhalten. Der Unterricht soll kompetenzorientiert gestaltet und die Schülerleistungen ebenso beurteilt werden. Dies alles ist ohne gute und umfassende Weiterbildung nicht möglich. Der alv erwartet deshalb:

2. Die notwendigen Weiterbildungen für Lehrpersonen (neue Fächer, kompetenzorientierte Beurteilung) sind bereitzustellen.

Eine kostenneutrale Umsetzung des Lehrplans 21 kommt für den alv nicht infrage (vgl. Hauptbericht).

Deshalb vertritt der alv hier die dezidierte Haltung:

3. Kostenneutralität bei der Einführung des neuen Lehrplans ohne entsprechende Streichung von Lektionen und Inhalten ist zu bekämpfen.

Geschäftsleitung alv, Irene Schertenleib



Geschäftsführer Manfred Dubach stellte Zahlen und Fakten in den Mittelpunkt.
Foto: Simon Ziffermayer.

DV alv. Die 122 anwesenden alv-Delegierten genehmigten an der Delegiertenversammlung vom 25. Oktober einstimmig das Protokoll der DV 2016, den Geschäftsbericht 2016/17, die Rechnung 2016/17, die Jahresrechnung des Hilfsfonds 2016/17, das Budget 2017/18, die Jahres- und Fraktionsbeiträge 2018/19 sowie zwei Statutenänderungen.

Jahresrechnung 2016/17

Die Jahresrechnung schliesst mit einem Gewinn von 44 000 Franken. Die positive Abweichung gegenüber dem Budget, das ein Defizit von 22 000 Franken vorsah, resultierte zum einen aus dem ausserordentlich positiven Abschluss der Wertschriften (38 000 über Budget/Rendite 8 Prozent), zum anderen aus den höheren Mitgliederbeiträgen (15 000 Franken über Budget) und einem tieferen Aufwand (10 000 Franken unter Budget). Sowohl für die Lohnklage als auch für die Anschaffung der neuen Mitgliederverwaltung wurden je eine Rücklage von 30 000 Franken gebildet. Mit dem Gewinn aus der Erfolgsrechnung liegt das Vermögen des alv mit 1 004 500 Franken erstmals über der Millionengrenze. BDO AG und

die alv-Revision empfahlen Annahme der Rechnung.

Budget 2017/18

Der Voranschlag für das Verbandsjahr 2017/18 sieht wiederum einen Verlust von 22 000 Franken vor. Die verschlechterte Ertragslage des SCHULBLATTs, das auf 2018 die Stelleninserate des Kantons verliert, schlägt sich zum ersten Mal im Budget des alv nieder, indem ab dem nächsten Kalenderjahr eine Verschiebung der Lohnkosten vom SCHULBLATT zum alv vorgenommen werden muss. Der Ertrag der Wertschriften wird im Rahmen des langjährigen Durchschnitts und damit klar unter dem erzielten Ertrag des letzten Verbandsjahres budgetiert. Beim Aufwand fallen in diesem Verbandsjahr zum ersten Mal die Beiträge an Arbeit Aargau in voller Höhe an.